



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

**Legislaturperiode:** VIII  
**Sitzung Nr.: 26** vom 22. September 2003  
**Ort:** Kronenmattsaal  
**Dauer:** 19.30 bis 20.35 Uhr

---

**Leitung:** E. Rietmann

**Protokollführung:** B. Christen

**Anwesend:** 36

**Abwesend:** C. Fries, H. Kopp, T. Petitjean, S. Zürcher  
Gemeinderäte R. Felber, J. Saxer und C. Simon

**Protokollgenehmigung:** Das Protokoll der 25. Sitzung vom 25.8.2003 wird genehmigt.

Präsident:

für das Protokoll:

Eduard Rietmann

Petra Oppliger

**Mitteilungen des Präsidenten:**

Am 6. und 7. September hat die MoBi 03 auf dem Dorfplatz stattgefunden. Offenbar hat der Anlass "mobil" gemacht und viele interessierte Besucher/innen angelockt.

**Neue persönliche Vorstösse:**

- Interpellation der CVP-Fraktion vom 22.9.2003: Beiträge der Gemeinde Binningen an die Durchführung von Schullagern, Gesch. Nr. 165  
(Der Vorstoss liegt fotokopiert vor.)
- Postulat M. Schmidli, Grüne, und Mitunterzeichnende vom 22.9.2003: Einführung von Blockzeiten auf Kindergartenstufe per Schuljahr 2004/05, Gesch. Nr. 167  
(Text wird vorgelesen.)

**Grüne:** *M. Schmidli* erläutert, dass in Binningen alle Voraussetzungen vorhanden sind, um auch im Kindergarten umfassende Blockzeiten einzuführen. Ausserdem hat der Schulrat bereits ein Modell ausgearbeitet. Eine gewisse Dringlichkeit ergibt sich aus dem Umstand, dass durch die längeren Arbeitszeiten der Kindergärtnerinnen Mehrkosten entstehen, welche im Budget 2004 zu berücksichtigen sind.

- Interfraktionelles Postulat vom 22.9.2003: Beibehaltung der Beiträge der Gemeinde an die Sekundarschule, Gesch. Nr. 166  
(Text wird vorgelesen.)

**SP:** *D. Gorba* bezweckt mit dem Vorstoss, dass das Qualitätsniveau der Binninger Schulen erhalten bleibt. Gleichzeitig soll die Lehrerschaft, welche hervorragende Arbeit leistet, dadurch unterstützt werden.

- Postulat SP-Fraktion vom 19.9.2003: Moratorium für den Verkauf des Grundstücks Parzelle Nr. 5125 für die Dauer von drei Jahren, Gesch. Nr. 168  
(Text wird vorgelesen.)

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

**Traktandenliste:**

1. Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.9.2003:  
**Ruftaxi Binningen, künftige Betriebsvariante** **161 a**
  
2. Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.9.2003:  
**Musikschule Binningen-Bottmingen: Vertrag zwischen den Gemeinden Binningen und Bottmingen betreffend gemeinsame Führung einer Musikschule Binningen-Bottmingen sowie Vertrag zwischen den Gemeinden Binningen und Bottmingen über den Schulrat der Musikschule Binningen-Bottmingen** **149 a**
  
3. Postulat FDP-Fraktion vom 18.6.2003:  
**Luftverkehrspolitik der Gemeinde Binningen / Erhalt des EuroAirports** **157**  
Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung
  
4. Postulat SP-Fraktion vom 20.8.2003:  
**Kommunales Grundstück für gemeinnützigen Wohnungsbau** **163**  
Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung
  
5. **Diverses**

**Traktandum 1****Geschäft Nr.**

Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.9.2003:  
**Ruftaxi Binningen, künftige Betriebsvariante**

**161 a**Eintreten:

**SVP:** *F. Gerber:* Das neue Konzept des Gemeinderats ist gut. Am Antrag, dass der Fahrpreis für Erwachsene nicht auf vier, sondern auf fünf Franken erhöht wird, hält seine Fraktion jedoch fest. Andernfalls werden diejenigen, welche das Taxi zum Friedhof benützen und dafür fünf Franken bezahlen müssen, benachteiligt.

**FDP:** *M. Metz* dankt dem Gemeinderat für seine speditive Arbeit und den zweiten Bericht. Die neuen Anträge wird seine Fraktion genehmigen. Die Ausgabe für das sinnvolle Ruftaxi muss dennoch jährlich überprüft werden.

**SP:** *T. Rehmann* ist überrascht, wie schnell der Gemeinderat das Geschäft überarbeitet hat. Nicht glücklich ist sie über folgende Punkte: Nachdem es heute Abend, um 19.45 Uhr, bereits dunkel ist, müsste aus Sicherheitsgründen überlegt werden, ob der frühere Betriebsbeginn nicht schon ab September anstatt ab Oktober gerechtfertigt wäre. Nochmals weist sie darauf hin, dass vermehrt Werbung für das Ruftaxi gemacht werden soll. Nach der Sanierung des Kronenplatzes muss der Standplatz besser sichtbar und erreichbar sein. Was den SVP-Antrag betrifft, ist sie der Auffassung, dass das Friedhof-Taxi nicht mit dem Ruftaxi verglichen werden kann. Wenn schon, müsste der Fahrdienst zum Friedhof eher um einen Franken gesenkt werden, keinesfalls aber umgekehrt. Sie ist überzeugt, dass eine Vergünstigung die Attraktivität steigern würde. Der Vorlage wird grundsätzlich zugestimmt.

**CVP:** *B. Bächtiger* drückt seine Freude darüber aus, wie verblüffend schnell der Gemeinderat die in der letzten Sitzung vorgebrachten Anliegen umgesetzt hat. Die Attraktivität des Angebots bleibt bestehen; der Sicherheit für die Benutzer/innen wird Rechnung getragen und der Tarif wird in vertretbarem Rahmen erhöht. Das neue Konzept überzeugt in jeder Hinsicht. Die Fraktion befürwortet die Anträge vorbehaltlos.

**Grüne:** *M. Schmidli* erachtet die Preiserhöhung als nicht zwingend, aber noch tragbar. Positiv ist, dass das Ruftaxi erhalten bleibt und der Tarif für Jugendliche nicht erhöht wird. Der neuen Variante wird zugestimmt.

**EVP:** *U. von Bidder* schliesst sich den vorausgegangenen Voten an, insbesondere jenem von T. Rehmann bezüglich Betrieb ab 20.00 Uhr bereits ab September. Eine Fahrpreis-Erhöhung auf vier Franken kann er knapp akzeptieren, eine höhere keinesfalls.

**JLB:** *P. Treuthardt* hält den vorgeschlagenen Preis für vertretbar. Eine Erhöhung auf fünf Franken würde sich kontraproduktiv auswirken und die Attraktivität massiv senken. Er dankt dem Gemeinderat, dass der bisherige Tarif für Jugendliche beibehalten wird. Aus eigener Beobachtung zweifelt er daran, dass grössere Fahrzeuge mit mindestens sechs Plätzen notwendig sind.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** Stellvertretend für C. Simon geht *M. Husi* auf die Bemerkung von P. Treuthardt ein und antwortet, dass die Taxihalter selber grössere Fahrzeuge vorgeschlagen haben. Im Übrigen entspricht der neue Preis keiner eigentlichen Erhöhung, sondern lediglich der Anpassung an die Teuerung seit 1994.

Detailberatung:

*Präsident E. Rietmann* liest den Antrag der SVP vor: *Der Fahrpreis ist für Erwachsene auf fünf Franken festzusetzen, Jugendliche bezahlen drei Franken.*

**SVP:** *F. Gerber* erklärt sich bereit, den Antrag dahingehend abzuändern, dass der Fahrpreis für Jugendliche belassen wird und nur derjenige für Erwachsene erhöht wird.

**://:** Der Antrag der SVP betreffend Fahrpreiserhöhung auf CHF 5.00 für Erwachsene wird mit 11 Ja, 24 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Mit eindeutigem Mehr wird beschlossen:

- ://:**
1. Das Konzept für den reduzierten Betrieb des Ruftaxis ab 1.1.2004 wird genehmigt.
  2. Für das Jahr 2004 wird zu Lasten des Kontos 690.318.01 ein Kredit von CHF 83'000.00 bewilligt.
  3. Für die kommenden Jahre wird der Aufwand in die jährlichen Budgets eingestellt.

## Traktandum 2

Geschäft Nr.

Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.9.2003:

**Musikschule Binningen - Bottmingen: Vertrag zwischen den Gemeinden Binningen und Bottmingen betreffend gemeinsame Führung einer Musikschule Binningen - Bottmingen sowie Vertrag zwischen den Gemeinden Binningen und Bottmingen über den Schulrat der Musikschule Binningen - Bottmingen** 149 a

*Der Präsident* schickt voraus, dass bei Antrag 2 des Gemeinderats der Vertrag betreffend Schulrat bereits am 2. September 2003 unterzeichnet wurde (und nicht am 9. September).

### Eintreten:

**FDP:** *A. Mati* hält fest, dass als einzige materielle Ergänzung - aufgrund der Anregung von *A. Erhardt* in der Eintretensdebatte - im Vertrag der Musikschulführung neu auch die Förderung des Orchesterunterrichts erwähnt ist. Dagegen ist nichts einzuwenden. Sie möchte lediglich wissen, ob dafür zusätzliche finanzielle Mittel notwendig sind.

**SP:** *A. Erhardt* dankt dem Gemeinderat für die erwähnte Berücksichtigung und die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Binningen und Bottmingen in dieser Angelegenheit.

**SVP:** *U. Rediger* äussert sich für seine Fraktion ebenfalls positiv zu den beiden Verträgen, welche die Zusammenarbeit mit Bottmingen beinhalten. Musikunterricht ist eine sinnvolle Beschäftigung, vor allen auch für Jugendliche.

**CVP:** *J. Infanger* resümiert, dass die CVP-Fraktion keinerlei Bedenken hat und die Anträge des Gemeinderats gutheissen wird.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Josef* antwortet auf die Frage von *A. Mati*, dass die Förderung von Orchester- und Ensemble-Unterricht keine Erweiterung sondern der Beibehaltung des bisherigen Angebots entspricht. Viele Bläserorchester haben heute Nachwuchsprobleme, daher ist die Möglichkeit des gemeinsamen Musizierens wichtig. Für das Jubiläumfest nächstes Jahr ist die Metallharmonie auf Verstärkung angewiesen. Bottmingen hat den Verträgen übrigens in der vorliegenden Form bereits zugestimmt.

Detailberatung: keine Wortmeldungen

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:**
- 1. Der Vertrag vom 9. September 2003 zwischen den Gemeinden Binningen und Bottmingen betreffend gemeinsame Führung einer Musikschule Binningen - Bottmingen wird genehmigt.**
  - 2. Der Vertrag vom 2. September 2003 zwischen den Gemeinden Binningen und Bottmingen über den Schulrat der Musikschule Binningen - Bottmingen wird genehmigt.**
  - 3. Das Reglement der Jugendmusikschule der Gemeinde Binningen vom 2. Mai 1988 wird auf den 1. August 2004 ausser Kraft gesetzt.**
  - 4. Der Beschluss unter Ziffer 2 wird der Volksabstimmung unterstellt.**

### Traktandum 3

Geschäft Nr.

Postulat FDP-Fraktion vom 18.6.2003:

**Luftverkehrspolitik der Gemeinde Binningen / Erhalt des EuroAirports**

157

Eintreten:

**FDP:** *M. Hopf* dankt dem Gemeinderat für seine Ausführungen und sein Wohlwollen. Das neue Instrumentenlandesystem hat in Binningen viele Diskussionen ausgelöst. Mit Hilfe dieses Systems werden Landungen jedoch eher weniger Lärm verursachen. Im Gegensatz zu Sichtanflügen wird die Sicherheit bei schlechten Wetterverhältnissen und nachts erhöht. Es wird keine neue Flugroute geschaffen, denn Anflüge von Süden her gibt es seit langem. Die Forderung, dass die Route so festgelegt wird, dass sie umgekehrt proportional zur Bevölkerungsdichte steht, d. h. nicht über dicht besiedeltes Gebiet führt, ist unbestritten. Dies betrifft nicht nur unsere Gemeinde, sondern auch Bottmingen, Allschwil usw. Doch nicht nur die Landungen, auch Starts verursachen Lärm. Dass sich die Binninger Behörden in dieser Sache einsetzen ist positiv. Eine Stilllegung bzw. Schliessung des Flughafens liegt sicher nicht im Interesse der Bevölkerung.

**Grüne:** *K. Birkhäuser* bezeichnet das Postulat als in sich widersprüchlich. Es widerspiegelt besonders auch das persönliche Dilemma, in welchem sich viele Einwohner/innen befinden. Der Vorstoss weist eine kurzsichtige und einseitig wirtschaftspolitisch orientierte Optik auf. Ökologische Aspekte bleiben unberücksichtigt. Die Klimaforschung belegt inzwischen klar, dass der Luftverkehr stark mitverantwortlich ist für die Klimaerwärmung. Erwiesen ist z. B., dass er eine 2- bis 4-fach höhere Klimawirksamkeit als CO<sub>2</sub>- und Stickoxyd-Emissionen am Boden hat. Es liegt daher nicht im übergeordneten Interesse der ökologischen Nachhaltigkeit, dass der Flugverkehr auf dem EuroAir-

port zunimmt. Überdies erweisen sich die Verantwortlichen des Flughafens immer wieder als unfaire Partner für Binningen, weil sie ihre Versprechen nicht einlösen. Das Bekenntnis zum EAP ist deshalb ein peinlicher Kniefall. Die Grünen lehnen die Ziffern 1 - 3 des Postulats ab, lediglich Ziff. 4 wird unterstützt.

**SP:** *R. Dürig* unterstreicht im Namen seiner Fraktion das Votum von K. Birkhäuser. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, Luftverkehrspolitik zu machen. Die Forderungen in den Ziffern 1 - 3 sind ohnehin schwammig formuliert. Das Parlament soll nicht zur Wirtschaftsfrage Stellung beziehen, sondern lediglich zur Lärmproblematik, von welcher die Bevölkerungen unmittelbar betroffen ist. Daher soll ausschliesslich Ziffer 4 des Postulats überwiesen werden.

**CVP:** *A. Achermann:* Seine Fraktion unterstützt die Anstrengungen des Gemeinderats, die sich gegen die erhöhten Belastungen der Bevölkerung durch den Flugverkehr richten. Es ist wichtig, dass der Wohnwert in Binningen erhalten bleibt. Dazu zählt auch der Einsatz zur Beschränkung von Tiefflügen über dem Birs- und Leimental, nach der Einführung des Instrumentenlandesystems Süd und die Durchsetzung einer griffigen Nachtflugsperrre, wie sie Zürich eingeführt hat. Es besteht die Gefahr, dass sonst nach Basel ausgewichen wird. Diese Tiefflüge von Süden her führen über sehr dicht besiedeltes Gebiet und bedeuten ein erhöhtes Risiko für die Bevölkerung. Der Gemeinderat soll im Sinne des Postulats die Sache prüfen und darüber berichten.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *B. Fünfschilling* versichert, dass der Gemeinderat sich weiterhin dafür stark machen wird, dass Binningen zumindest nicht häufiger überflogen wird als bisher. Ginge es nach der französischen ACNUSA, würden die Südanflüge nach Einführung von ILS 34 zunehmen. Der Gemeinderat ist nicht grundsätzlich gegen das Instrumentenlandesystem. Die Bevölkerungsdichte von mehr als 60'000 Einwohner/innen muss jedoch unbedingt berücksichtigt werden. In diesem Sinne wird die Exekutive auch Stellung nehmen, wenn sie hoffentlich Gelegenheit zur Vernehmlassung erhält. Nach den unerfreulichen Zeitungsmeldungen in letzter Zeit über das Bundesamt für Zivilluftfahrt wurde Bundesrat Leuenberger schriftlich gebeten, die Route nochmals sorgfältig bezüglich Sicherheit überprüfen zu lassen. Wer argumentiert, das ILS sei sicherer, dem ist entgegen zu halten, dass es trotzdem vor wenigen Jahren in der Region Zürich zum Absturz einer Alitalia-Maschine kam. Zur Piloten-Ausbildung gehört übrigens zwingend das Beherrschen von Sichtanflügen.

**FDP:** *M. Hopf* hält K. Birkhäuser und R. Dürig entgegen, dass der Flughafen nicht dem Selbstzweck dient; deshalb sind die Ziffern 1 bis 3 durchaus berechtigt. Das Engagement des Gemeinderats ist positiv zu werten. Ausser dem Lärmaspekt gibt es jedoch den wirtschaftlichen, der ebenfalls direkte Auswirkungen auf die Region hat. Kommunalpolitik muss sich seines Erachtens nicht ausschliesslich, aber sehr wohl auch damit beschäftigen.

*Präsident E. Rietmann* entnimmt dem Votum von M. Hopf, dass er offensichtlich nicht bereit ist, sein Postulat auf Ziffer 4 zu beschränken.

Mit 23 Ja, 3 Nein bei 10 Enthaltungen wird beschlossen:

<b>://:</b> <b>Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.</b>
---

## Traktandum 4

Geschäft Nr.

Postulat SP-Fraktion vom 20.8.2003:

**Kommunales Grundstück für gemeinnützigen Wohnungsbau**

163

Eintreten:

**SP:** *A. Braun* ist wenig begeistert von der Stellungnahme des Gemeinderats. Ihm sind keinerlei Absichten bekannt, dass das Mühlematt-Schulhaus in absehbarer Zukunft erweitert werden soll. Vielmehr ist es möglich, dass die ehemalige Realschule dort ausziehen wird. Bekanntlich nimmt der Anteil der alten Menschen zu. Es ist daher zu begrüßen, wenn eine nicht Profit orientierte Wohngenossenschaft ein Projekt wie dieses anvisiert. Auch wird nicht unbedingt die ganze Parzelle beansprucht. Wenn Eigenheimbesitzer/innen in eine Alterswohnung ziehen, wird für junge Familien Wohnraum frei. Erste Ergebnisse der Ortsplanrevision werden vermutlich bereits in einigen Monaten vorliegen. Es bietet sich Gelegenheit, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern und gleichzeitig bedeutet dies willkommene Aufträge für die Baubranche in einer Rezessionszeit. Er bittet den Gemeinderat ausdrücklich, das Postulat entgegen zu nehmen und das Anliegen zu prüfen.

**FDP:** *M. Ziegler:* Seine Fraktion unterstützt prinzipiell die Stossrichtung des Postulats. Leider enthält es einerseits keinerlei Vorstellungen bezüglich Preis für das Grundstück; andererseits wird der Gemeinderat auf dieses Projekt behaftet. Es wären aber durchaus auch andere denkbar. Die Fraktion wird deshalb dem Antrag des Gemeinderats folgen und den Vorstoss nicht überweisen.

**FDP:** *D. Anliker* ist KassiererIn der Wohngenossenschaft Waldeck. Sie ist erstaunt, dass der Gemeinderat Nichtüberweisung beantragt und bedauert die ablehnende Haltung. Das Projekt verursacht keine Folgekosten, sondern fügt sich bestens ins Alterskonzept der Gemeinde ein. Die Gründung der Wohngenossenschaft basiert auf privater Initiative. Sie ist sehr erfolgreich, was sich u. a. in der langen Warteliste zeigt. Wenn ältere Menschen in einer WG wohnen, fallen weniger Pflegekosten an, weil die Nachbarschaftshilfe gut funktioniert. Das Argument von A. Braun, dass in die frei werdenden Häuser junge Familien nach Binningen ziehen können, ist nicht zu unterschätzen. Auf diese Weise wird der zunehmenden Überalterung entgegen gewirkt. Selbst wenn nicht ausschliesslich Binninger/innen in diese Alterswohnungen einziehen, kommen gute Steuerzahler/innen in unsere Gemeinde. Nachdem vor einigen Jahren auf dem Bruderholz ein viel grösseres Areal von der ÖW- in Landwirtschaftszone umgewandelt werden konnte, sollte eine Umzonung im vorliegenden Fall von maximal 4'000 m<sup>2</sup> auch möglich sein. Abschliessend schlägt sie vor, dass A. Braun ein Wörtchen in seinem Postulat ändert. Der Schlusssatz hiesse dann: *Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen, ob (statt wie) die kommunale Parzelle 1329 ...* Ausserdem könnte die Formulierung *zur Verfügung gestellt werden* zu Missverständnissen führen. Doch es versteht sich von selbst, dass die Gemeinde das Grundstück entweder verkauft oder aber im Baurecht abgibt.

**SP:** *A. Braun* erklärt sich damit einverstanden, das Wort "wie" durch "ob" zu ersetzen.

**SVP:** *U. Rediger* findet es sinnvoll, dass der Gemeinderat das Begehren mindestens prüft. Seine Fraktion wird für Überweisung stimmen.

**EVP:** *U. von Bidder* lässt das Argument des Gemeinderats nicht gelten, dass zuerst die Ortsplanrevision abgewartet werden muss. Er befürwortet ebenfalls die Überweisung des Postulats.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *B. Fünfschilling* begründet den Antrag auf Nichtüberweisung damit, dass erst nach der Ortsplan-Revision eine gesamtheitliche Betrachtung aller noch vorhandenen Landreserven möglich ist. Mit dem Postulatsanliegen wird der Gemeinderat auf dieses spezifische Projekt festgelegt. Sie ist aber bereit, die Angelegenheit zur Prüfung entgegen zu nehmen.



Einstimmig wird beschlossen:

**://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.**

## **Traktandum 5**

### **Diverses**

Keine Wortmeldungen.

*Präsident E. Rietmann* erwähnt, dass alle Ratsmitglieder den Subkommissionsbericht der GRPK zum Thema "Wirtschaftsförderung in Binningen" zugestellt erhalten haben. Er beabsichtigt, das Thema für die nächste Einwohnerrats-Sitzung zu traktandieren.